

Wem gehört das Heilige Land?

Bei der Bewertung und Analyse dieses Themas bekommen wir es in Deutschland ja mit einem ganz speziellen Typen zu tun – dem Oberlehrer. Dieser ist schlauer als alle anderen und das muss er auch allen wissen lassen. Diese Oberlehrer haben sich seit Jahren ein Betätigungsfeld gesucht, zu dem sie sich auch ungefragt gerne zu Wort melden: den Nahen Osten. Heikel, sensibel, aber vor allem – weit weg. In dieser Frage diskutiert der Oberlehrer nicht – er diktiert. Wolf Biermann nannte das einmal „die unerträgliche Besserwisserei der Wenigwisper“.

Kann man bei einer derart komplizierten historischen Frage überhaupt neutral bleiben? Als Antwort zitiere ich den Historiker James Renton, der u.a. über die Balfour-Erklärung forscht: „Ich entscheide nicht, ob die eine Seite oder die andere richtig ist. Geschichte besteht aus den komplexen Lebenswegen individueller Menschen. Es geht nicht um Sympathien oder die Verurteilung der einen oder der anderen Seite, sondern es geht um das Verstehen dieses komplizierten und vielschichtigen Prozesses.“

Größen-Vergleich Palästina - Deutschland

Palästina/Transjordanien - Deutschland



- Israel – 1% der Fläche von Saudi-Arabien
- Israel – 1,5 Promille(!) der Flächen der 18 Staaten der Arabischen Liga

Geschichte des Staates Israels

Bereits vor der offiziellen Mandatsentscheidung des Völkerbundes zugunsten eines Judenstaats gab es immer wieder Vorschläge, die Juden in Palästina anzusiedeln. Potemkin machte diesen Vorschlag im 18. Jahrhundert, Napoleon in der Proklamation vom 20.04.1799 „Rechtmäßige Erben Palästinas – kehrt zurück zu euren Wurzeln.“

Brit. Mandatsgebiet



Im Jahr 1917 hat Großbritannien vom Völkerbund das Mandat zur Verwaltung des damaligen Palästinas (einschließlich Transjordanien) bekommen. Palästina war im osmanischen Reich eine vernachlässigte syrische Provinz. Großbritannien versprach damals am Ende des ersten Weltkrieges (1917, Balfour-Deklaration) den Juden, ihnen mit Ablauf der Mandatszeit dieses Gebiet mit dem Ziel der Schaffung einer jüdischen Heimstätte zu übergeben.

In Israel wurde übrigens am 2. November 2017 diese Balfour-Erklärung gefeiert. Diese Garantie für die Präsenz der Juden in Palästina wurde 1922 in die Mandatsurkunde eingefügt.

Der damalige Premierminister Wilson im Original-Wortlaut: „Jetzt haben Sie also Ihren Staat“. Als Calvinist war Wilson sicherlich ein Befürworter des Judenstaats. Politisch wahrscheinlicher ist aber seine Absicht, die Osmanen zu schwächen, die an der Seite Deutschlands im 1. Weltkrieg standen. Entgegen der Mandatsbestimmungen verweigerten die Briten die Besiedlung in Transjordanien. Hier installierten sie einen arabischen König (einen Bruder von Feisal aus Saudi-Arabien). Dieses Ereignis gilt als das erste „gebrochene Palästina-Versprechen“ der Briten.

Erste Teilung Palästinas 1922

1923 teilten die Briten das Land „Palästina“ in zwei administrative Zonen. Der arabisch-palästinensische Staat Transjordanien, das heutige Jordanien, wurde abgetrennt. Transjordanien entsprach knapp 80 Prozent der Landfläche Palästinas. In diesem abgetrennten Teil, so die Auflage der Briten, durften sich keine Juden niederlassen. Transjordanien musste laut der britischen Mandatsmacht „judenrein“ sein, was bis heute der Fall ist.

Erste Teilung Palästinas 1922



Für die Staatszusage haben jüdische Wissenschaftler, Finanziere und Soldaten Großbritannien gegen Ende des ersten Weltkrieges – manche Historiker sagen: kriegsentscheidend – geholfen. Doch schon 1922 hat eine andere britische Regierung dieses Versprechen gebrochen und durch die Aufteilung Palästinas in ein Restpalästina (27%) und Transjordanien (dem heutigen Jordanien, 73%) de facto eine Zwei-Staatenlösung geschaffen.

Die zweite Zwei-Staatenlösung wurde von den Vereinten Nationen in der Resolution 181 vom 29. November 1947 eingeführt im Zusammenhang mit dem Grundsatzbeschluss der Gründung des Staates Israels. Das jüdische Volk sollte nicht etwa die verbliebenen 27% des britischen Mandatsgebietes Palästina bekommen – dieses Gebiet wurde weiter zerteilt und etwa zu gleichen Teilen der jüdischen und der arabischen Seite zugeteilt. Angedacht war eine Zwei-Staaten-Lösung in einer gemeinsamen Wirtschaftsgemeinschaft mit offenen Grenzen. Die jüdischen Repräsentanten stimmten dieser Resolution zu. Die arabischen Staaten lehnten ab und drohten mit Krieg, der dann auch unmittelbar nach der Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948 losbrach.

Letzter Kompromiss-Versuch 16.09.1947 Jewish-Agency mit Azzam Pascha (Arab. Liga)

"Die arabische Welt ist zu keinem Kompromiss bereit. Ihr Vorschlag, Mr. Horowitz, mag durchaus vernünftig und logisch sein, doch über das Geschick von Völkern entscheiden nicht Vernunft und Logik. Völker machen keine Zugeständnisse; sie kämpfen. Mit friedlichen Mitteln oder Kompromissen erreicht man gar nichts. Wenn man etwas erreicht, dann durch Waffengewalt. Wir werden versuchen, euch zu schlagen. Ich bin nicht sicher, ob es uns gelingen wird, aber wir werden es versuchen. Es ist uns gelungen, die Kreuzfahrer zurückzuschlagen - andererseits haben wir Spanien und Persien verloren. Vielleicht werden wir auch Palästina verlieren. Doch es ist in jedem Fall zu spät, um noch von friedlichen Lösungen zu sprechen."

Israel entstand also während eines Krieges. Dieser brach aus, nachdem die UN-Vollversammlung 1947 den Teilungsplan abgesehnet hatte. Die einheimischen Araber definierten sich damals noch nicht als Palästinenser, sondern betrachteten sich als eine Art arabischer Patrioten – mit dem Ehrgeiz, die ganze Region in einen panarabischen Staat zu verwandeln. Dieser sollte sämtliche arabischen Staaten und den gesamten Nahen Osten umfassen. Auf dieser „arabischen Erde“ durften keine fremde Identität und schon gar kein jüdischer Staat existieren.

Alle Angriffe auf den neuen Staat Israel hatten ein offen erklärtes Ziel: den jüdischen Staat im Keim ersticken. Als dies mit militärischen Mitteln nicht gelang, griff man zu wirtschaftlichen und politischen Boykottmitteln. Dazu kam, dass die Briten die Devisen, welche die Jewish Agency bereits vor der Unabhängigkeitserklärung in England angelegt hatte, konfiszierten.

Das junge Israel befand sich im Belagerungszustand. Die Landwirtschaft reichte nicht aus, Industrie war kaum vorhanden. Weder ausländische Investoren noch Regierungen waren bereit, in dieses labile Land zu investieren. Fast alle Regierungen der Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten hielten auf Distanz. Die Briten waren verärgert – sie konnten nicht verzeihen, dass der jüdische Widerstand zum Ende der britischen Kolonialherrschaft geführt hatte. Hauptursache der Abgrenzung aber war der Einfluss, der von den erdötreichen und somit ökonomisch bedeutenden arabischen Staaten ausgeübt wurde.

Vor dem Hintergrund dieser äußerst schwierigen Situation entstand die Idee, in Form von Entschädigungszahlungen nach deutschen Investitionen zu suchen. Die Radikalisierung der arabischen Bevölkerung ist seit 1948 deutlich stärker geworden. Es gibt also keine historischen Gründe, die den Glauben bestärken könnten, eine Zwei-Staaten-Lösung, die schon zwei Mal nicht funktioniert hat, würde heute funktionieren.

Dazu als Beispiel Auszüge aus der „ Hamas-Charta“

„Bis zum Tag der Auferstehung der Toten haben wir die Weichen gestellt für Feindseligkeit und Hass auf die Juden. Durch ihr Geld haben die Juden die Herrschaft über alle internationalen Medien übernommen: über Presseagenturen, Zeitungen, Verlagshäuser und elektronische Medien. Mit ihrem Kapital haben die Juden weltweit Revolutionen ausgelöst, um ihre Interessen und ihren eigenen Vorteil zu fördern. Es waren die Juden, die hinter der französischen Revolution standen, hinter der kommunistischen Revolution sowie hinter vielen anderen Revolutionen.

Dank ihres Geldes haben die Juden Geheimorganisationen gegründet, die über die ganze Welt verstreut sind, um die Gesellschaft zu zerstören. Hinter der Ausbeutung und Korruption der imperialistischen Länder stecken die Juden. Die Juden sind schuld am ersten Weltkrieg, weil es ihnen gelang, das islamische Reich zu zerstören. Die Juden haben den Völkerbund erfunden, um mit diesem Mittel die Welt zu beherrschen. Die Juden haben den zweiten Weltkrieg ausgelöst und danach die Gründung der UN und des Weltsicherheitsrates erzwungen. Es gibt keinen Krieg, der nicht von den Juden entfesselt wird.“

Ihren Anspruch auf die Vernichtung der Juden legitimiert die Hamas mit einem Hadith Mohammeds (also einer nachahmenswerten Handlung) in dem es heißt: „Der Prophet sagte, daß die Stunde nicht kommen wird, bis die Muslime die Juden bekämpfen und umbringen; bis der Jude sich hinter dem Stein und Baum versteckt und der Stein und der Baum sagen wird: Oh, du Muslim, oh, du Diener Allahs, dies ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt, komm und bring ihn um!“

Damit interpretiert also der Prophet, dass alles Lebendige (der Baum) alles Tote (der Stein) und auch der Himmel selbst gegen die Existenz der Juden sind und ihre Vernichtung wünschen. Die Hamas hat diese Aussage später in den Artikel 7 ihrer Charta aufgenommen.

Diese Sicht bestätigt die historische und die gegenwärtige politische Einschätzung, dass dieser Konflikt auf Dauer nicht mit den üblichen Mitteln der Diplomatie lösbar ist. Sie erklärt auch den eigentlichen Grund: Ein unstillbarer, irrationaler Hass der Nachbarvölker auf das jüdische Jerusalem und das jüdische Israel. Dieser Hass springt irgendwann auf die gesamte Völkerfamilie über. Der moderne Begriff für diesen Hass ist Antisemitismus. Ein Antisemitismus, der die Völkerwelt erfasst und in einem multinationalen militärischen Aufmarsch gegen Jerusalem gipfelt. Der Prophet Joel spricht in diesem Zusammenhang von einem „Tal der Entscheidung“ für die Nationen.

Interessant aber kaum bekannt ist die Sichtweise des Propheten Mohammed, der sich anfangs ohne Wenn und Aber in die Tradition des Judentums stellt und akzeptiert, dass den Juden das Heilige Land von Gott versprochen wurde. Dazu heisst es im Koran in der Sure 10,94: „Wir hatten den Kindern Israels eine dauerhafte Wohnung im Lande Kanaan bereitet.“ Die fundamentalistische Hamas sollte also lieber den Koran studieren, bevor sie Palästina von den Juden befreien will. Sie vermeidet damit die Peinlichkeit, gegen den Geist des Korans zu verstossen, indem sie sich mit diesem Anspruch auf ihn beruft.

Allerdings gibt es auch die dunkle Seite des Propheten. Sie zeigt sich in der Vernichtung, dem Völkermord an den Banu-Quraiza. Seit diesem Vorfall gilt der Völkermord im Islam bis heute als legitim. Der Islamische Staat hat die versuchte vollständige Vernichtung der Jesiden mit dem Bezug auf die Banu-Quraiza gerechtfertigt.

Der Völkermord an den Banu Quraiza

Hierbei handelt es sich zweifellos um die blutigste Episode der Gründungszeit des Islam. Sie beschreibt den Völkermord an einem jüdischen Stamm in Medina. Danach existierte dieser Stamm nicht mehr. Bis heute ist nicht klar, warum sämtliche Männer dieses Stammes (es heisst „alle die schon behaart“ waren) getötet wurden. Die übrigen Mitglieder des Stammes wurden in die Sklaverei verkauft. Dieser letzte der in Medina lebenden 3 jüdischen Stämme wurde also komplett vernichtet, während die beiden anderen, die Banu Quinuga und die Banu Nadir bereits vorher „nur“ vertrieben wurden.

Wem gehört das Heilige Land?

Um einen Leitfaden für die Bewertung der Eigentumsverhältnisse im Heiligen Land zu finden, muss man versuchen, die feststehenden historischen Daten zu berücksichtigen. Als älteste Quelle mit gesicherten Informationen gilt ein ägyptisches Monument aus dem 15. Jahrhundert v.d.Z. Es berichtet von einem Eroberungszug des Pharaos Amenhotep II. im Jahr 1429 v.d.Z. in das heute als „Heiliges Land“ bezeichnete Gebiet. Die Einheimischen dort werden als „Hurriter“ (bzw. „Hurru“ oder „Retenu“) bezeichnet. Ihre herrschende Adelschicht waren die „Maryanu“. Außer diesen Maryanu gab es die Kaufleute in den Küstenstädten. Auf dem Monument werden diese Kaufleute als „Kanaaniter“ bezeichnet. (wahrscheinlich nach dem akkadischen „kinahhu“, dem roten Purpur, einem wichtigen Handelsobjekt jener Zeit). Der Name „Kanaaniter“ war ursprünglich also die Bezeichnung für eine Schicht und nicht für ein Gebiet.

Weiterhin werden die „Apiru-Habiru“ genannt. Es sind fremde Halbnomaden, Landlose, die im westjordanischen Gebirge und teilweise in den Städten als Abhängige der Einheimischen lebten. Aus dem Namen Habiru wird später der Name „Hebräer“ entwickelt. Die Ägypter benennen damit alle aus der Wüste und anderen Gegenden in das heutige Heilige Land einfallenden und einwandernden Gruppen. Die Israeliten, die Ammoniter, die Edomiter und die Moabiter waren solche Hebräer.

Gebiet der 12 Stämme ca. 1200 v.d.Z.



Stämme um 1200 v. Chr.

„Es sollen hinfort wieder sitzen auf den Plätzen Jerusalems alte Männer und Frauen, jeder mit seinem Stock in der Hand vor hohem Alter, und die Plätze der Stadt sollen voll sein von Knaben und Mädchen, die dort spielen.“
(Zitat aus Sacharja)

Ein Teil dieser verschiedenen hebräischen Gruppen und Stämme hat später die „Kanaan“ genannte Provinz erobert. Dies waren die Israeliten. Die nichtisraelitischen Einwohner Kanaans sind untergegangen. Rechtsnachfolger auf ihr Eigentum sind nicht vorhanden. Aus dieser Sicht kann also ein historischer Anspruch der Palästinenser auf das Gebiet nicht erklärt werden.

Historisch unmöglich ist auch ein Anspruch der Palästinenser als Nachfahren der Philister. Die Römer machten aus dem Landnamen „Judäa“ das „Land der Philister“ also „Palästina“. Sie wollten auf diese Weise die Erinnerung an den früheren jüdischen Eigentümer tilgen.

Die Philister sind aber keine Araber. Ursprünglich kamen sie vom griechischen Festland, dem Peloponnes, von den Ägäischen Inseln und von Kreta. Diese Seevölker versuchten 1168 v.d.Z. eine Invasion gegen das ägyptische Kernland, wurden aber von Ramses III. geschlagen. Sie eroberten aber den südlichen Küstenstreifen der ägyptischen Provinz Kanaan und nahmen die Hauptstadt ein – Gaza. Die heutigen Palästinenser legen Wert darauf, als Semiten und Araber bezeichnet zu werden, wenn sie aber Semiten und Araber sind, können die indoeuropäischen Philister nicht ihre Vorfahren sein.

Die jüdische Präsenz im heutigen Israel und in den heutigen Palästinensergebieten reicht mehr als 3000 Jahre zurück und fand immer wieder Ausdruck in unterschiedlichen Staatsformen und Königreichen.

Israel – Juda



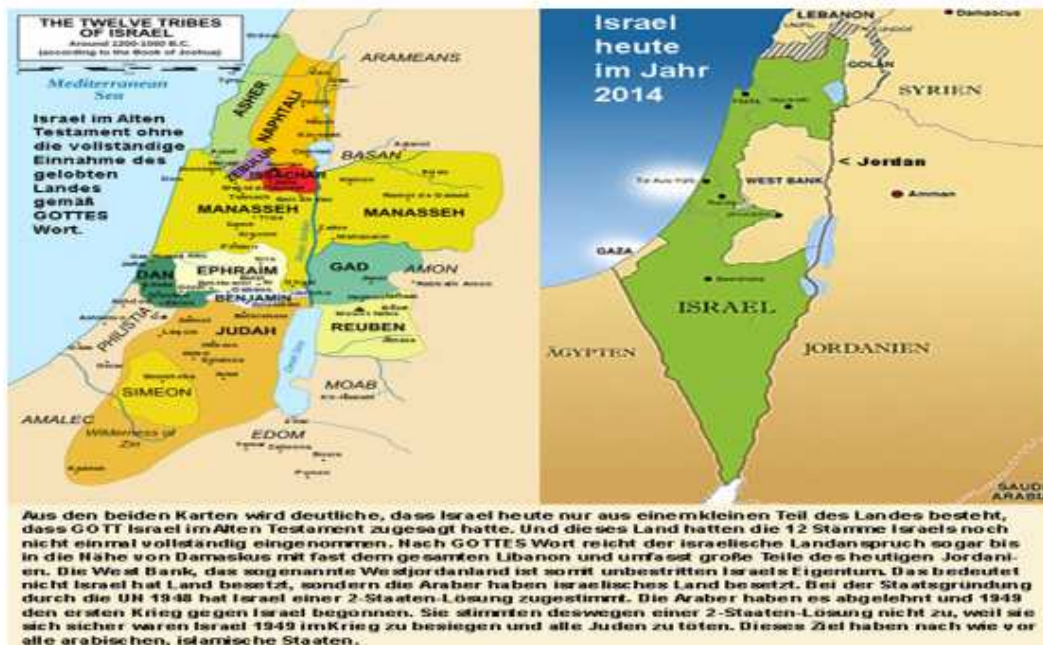
Seit ca. 926 v.d.Z. gab es zwei unabhängige Staaten, die tiefgreifende Differenzen in Verfassung und Organisation aufwiesen.

Das Südreich Juda lag abgeschieden von den internationalen Handels- und Verkehrswegen und war daher von den Kriegsgeschehnissen wenig gefährdet.

Das Nordreich dagegen wurde durch seine geographische Lage immer wieder in die militärischen Auseinandersetzungen der Nachbarstaaten und Königreiche hineingezogen.

Welches Gebiet ist denn eigentlich gemeint?

In der Thora heisst es (hier nur in Auszügen): „Und ihr sollt die Grenze nach Osten ziehen (...) längs der Höhen östlich vom See Kinneret und kommen herab an den Jordan, dass ihr Ende sei das Salzmeer. Das ist euer Land mit seiner Grenze ringsherum.“



Als weiteres Beispiel hier ein (frei übersetzter) Text aus der Thora.

Und es soll geschehen, wenn du in das Land kommst, dass der Ewige dir als Besitz gibt und du nimmst es ein und wohnst darin. Ihr werdet das Land bebauen und ihr werdet ernten. Aber ihr sollt nie vergessen, dass ihr eben nicht schon immer in diesem Land gelebt habt. erinnert euch an die guten Dinge und vergesst auch die schlimmen Dinge nicht. Vor allem aber seid euch dessen bewusst, dass ihr all das nicht aus eigener Kraft geschafft habt, sondern nur durch den Beistand des Ewigen, auch wenn ihr ständig gemurrt und euch beschwert habt. Und vergesst nicht: Ihr seid verantwortlich dafür, was in diesem Land geschieht, im Positiven und im Negativen.

Und dann wird dieses Ereignis beschrieben, über das der englische Historiker Dean Milman (1791 – 1868) sagt: “Niemals hat die menschliche Vorstellungskraft eine Szene von solch eindrucksvoller Feierlichkeit erdacht, so geeignet, ein ganzes Volk mit tiefer und nachhaltiger Ehrfurcht zu erfüllen, wie diese abschließende Bekräftigung der Verfassung, die ihm sein sterbender Gesetzgeber (Moses) auferlegte.“

Auch während der nichtjüdischen Herrschaft lebten immer Juden in diesem Gebiet. Einen souveränen Staat Palästina gab es aber zu keiner Zeit. Jerusalem wird über 600 Mal in der hebräischen Bibel erwähnt – im Koran kein einziges Mal. Die Stadt ist seit mehr als 3000 Jahren der Grundstein der jüdischen Identität.

Nach der Betrachtung und Klärung der Eigentumsverhältnisse aus historischer Sicht muss man für eine Gesamtanalyse auch die aktuelle Situation betrachten.

Ein Einstiegspunkt dafür ist das Scheitern der osmanischen Eroberung vor Wien. 1683 mussten die Türken die Belagerung aufgeben. Der europäisch-christliche Gegenschlag beginnt. Fuß für Fuß setzten die Europäer nun auch in das Heilige Land. Im Frieden von Karlowatz verlor das Osmanische Reich 1699 nicht nur große Gebiete an den Zaren. Auch die Kontrolle über die heiligen Stätten in Jerusalem sowie über alle orthodoxen Christen im Osmanischen Reich mussten dem Zaren übertragen werden. Russland wurde damit zur Schutzmacht der Griechen, Serben und Bulgaren.

Die türkische Herrschaft wurde immer brüchiger. Dies erkannten auch die Völker in den besetzten Gebieten. Sie setzten jetzt auf die Überlegenheit der westlichen Industrie und Kultur. Die Schwäche der Türken nutzt vor allem Mohammed Ali, ehemals Gouverneur in Ägypten im türkischen Auftrag. Von 1832 bis 1840 beherrschten Mohammed Ali und sein Stiefsohn Ibrahim Pascha das Heilige Land und Syrien. Nach dieser kurzen Ali-Pascha-Ära kehrten die Türken mit europäischer Hilfe nochmals in Heilige Land zurück. Sie waren aber bereits so schwach, dass sie die Europäer ins Land lassen mussten.

Schritt für Schritt hat sich die britische Weltmacht dem Heiligen Land genähert. 1704 wurde Gibraltar erobert, ab 1757 herrschte Großbritannien über Indien. Jetzt musste eine dauerhafte Verbindung zwischen Mutterland und Indien hergestellt werden. Das geschah im Laufe der nächsten zwei Jahrhunderte. In der Mitte zwischen London und Delhi lag das Heilige Land. Wichtig für seine strategische Bedeutung.

1800 wurde Malta erobert, 1839 Aden besetzt, 1875 wurden die Aktien des 1869 eröffneten Suez-Kanals erworben. Ägypten beherrschten die Briten seit 1882. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wurden mit fast allen Kleinfürstentümern am Persischen Golf „Verteidigungsabkommen“ geschlossen. Seit 1907 teilten sich die Briten mit den Russen Macht und Einfluß im Iran.

Dann brach der 1. Weltkrieg aus. Großbritannien brauchte noch mehr Sicherheit für den Weg nach Indien. Doch der Vorstoß in das Heilige Land kam ins Stocken. Das angeblich so schwache Osmanische Reich war dank deutscher Hilfe militärisch erfolgreich. Eine Situation, mit der London nicht gerechnet hatte. Für einen Erfolg brauchte man neue Verbündete und fand sie in den Arabern. Mit dieser proarabischen Entscheidung begann eine Entwicklung, die noch heute den Kern des politischen Problems im Heiligen Land bildet.

Die Briten versprachen dem Wächter der heiligen islamischen Stätten in Mekka und Medina, dem Scherifen Hussein von der Familie der Haschemiten, ein unabhängiges arabisches Königreich. Das Ziel wurde in dem berühmten Mac Mahon-Brief festgelegt. (Mac Mahon war der britische Hochkommissar in Ägypten). Er formuliert am 24.10.1915 im Auftrag seiner Regierung: „Die Vertreibung der Türken aus arabischen Ländern und die Befreiung der arabischen Völker vom türkischen Joch, das so lange auf ihnen lastete.“ Auch das versprochene Gebiet wurde in diesem Brief festgelegt. Jeder, der diesen Brief liest und auf eine Karte schaut, erkennt, dass auch das Heilige Land zum versprochenen Gebiet gehört.

McMahon-Korrespondenz

Im Juli 1915 nimmt Sir Henry McMahon, der britische Hochkommissar in Ägypten, einen geheimen Briefwechsel mit Hussein Bin Ali auf. Dem Scherifen des Hedschas und der heiligen Stadt Mekka und seinen Söhnen Ali, Faisal und Abdullah schwebt, wie den Eliten in Damaskus, die Gründung eines arabischen Nationalstaats vom Taurus bis ans Rote Meer und vom Mittelmeer bis an die iranische Grenze vor.

Antwort von McMahon im Oktober 1915

„Die Unabhängigkeit der Araber in den Gebieten anzuerkennen, deren Grenzen der Scherif vorgeschlagen hat“.

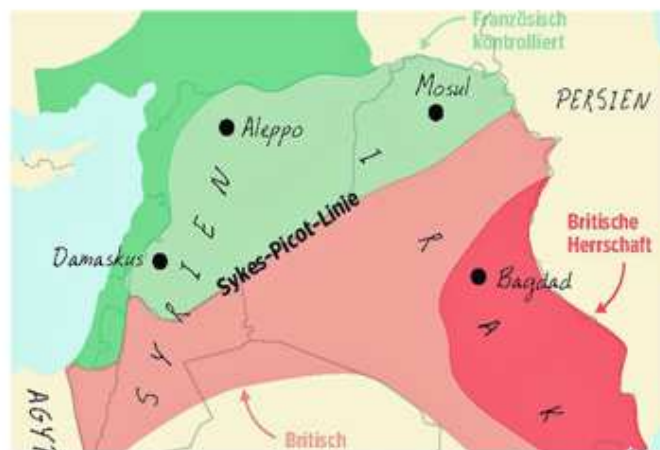
Der Sherif Hussein hatte einen politischen Traum, der in die ruhmreiche Vergangenheit des frühen Islam zurückreichte. Wie die Nachfolger des Propheten Mohammed, die „Kalifen“ also, wollte Hussein ein Großarabisches Reich wiedererrichten. Alle Araber sollten in einem Staat leben, und diesen Staat sollte seine Familie, die Haschemiten, lenken. Hussein selbst wollte König sein, seine Söhne sollten Vizekönige werden. Sein ältester Sohn Ali sollte als Vizekönig über die arabische Halbinsel herrschen, sein zweitgeborener, Abdallah, im Irak und sein dritter Sohn, Feisal, in Syrien.

In Wirklichkeit dachten die Briten zu keinem Zeitpunkt daran, dieses Versprechen einzuhalten. Fast gleichzeitig (1915/1916) planten die Briten gemeinsam mit Russland, Frankreich, Italien und Griechenland eine ganz andere Aufteilung der erhofften osmanischen Beute.

Aber auch diese Planung war nur vordergründig. Warum mit so vielen Ländern teilen? Das britisch-französische „Sykes-Picot-Abkommen“ vom 16. Mai 1916 verteilte die Beute nochmals ganz anders. Das Heilige Land sowie Mesopotamien wurden Großbritannien zugesprochen.

Frankreich sollte den Libanon und Syrien erhalten. In dem Geheimabkommen zogen die beiden eine Linie quer über die Landkarte von Arabien. Vom Buchstaben „e“ im Namen der Stadt Acre (Akko) bis zum letzten „k“ im Namen der Stadt Kirkuk im Osten. Das Sykes/Picot-Abkommen ist Teil des historischen Verrats der Briten an den Arabern. Die Briten mussten den Franzosen entgegenkommen, denn die hatten von den Absprachen von Mac Mahon mit Sherif Hussein erfahren.

Sykes-Picot Abkommen

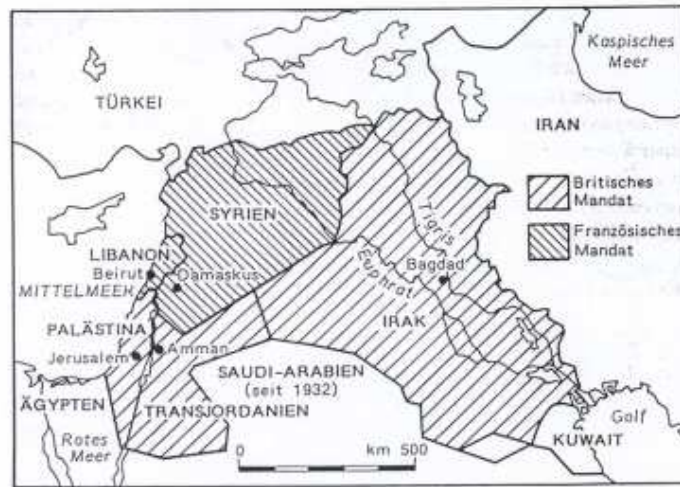


Den Franzosen wurden also riesige Landstriche versprochen, die noch den Türken gehörten und die aber auch bereits den Arabern zugesprochen waren. Seit dieser Zeit steht Sykes/Picot bei den Arabern für das Gefühl von Ohnmacht und Wut darüber, immer wieder Opfer fremder Interessen zu werden. Auch der IS bezieht sich auf dieses Abkommen und diesen Verrat. In einem Text auf der Webseite von 2014 heisst es: „Wir werden die Grenzen des Irak, Jordaniens, des Libanon, aller Länder durchbrechen. Wir werden Sykes/Picot beenden.“

Damit aber nicht genug. Am 02. November 1917 versprach die britische Regierung das Land auch den Zionisten. Dieses Versprechen ging als „Balfour-Erklärung“ in die Weltgeschichte ein. Der ehemalige britische Außenminister Balfour fixierte es in einem Brief an Lord Rothschild: „Lieber Lord Rothschild, ich freue mich, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen mitteilen zu können, die dem Kabinett vorgelegt und von diesem gebilligt wurde:

„Die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk wird von der Regierung Seiner Majestät mit Wohlwollen betrachtet. Sie wird ihr Bestes tun, um das Erreichen dieses Zieles zu erleichtern, wobei unmissverständlich zu betonen ist, dass nichts getan werden darf, das die Bürgerrechte und die religiösen Rechte der in Palästina lebenden nichtjüdischen Bevölkerung oder die Rechte und den politischen Status der Juden irgendeines anderen Landes nachhaltig betrifft.“ Ich bitte Sie, diese Erklärung der Zionistischen Föderation zur Kenntnis zu bringen.“

Israels Anspruch lt. Balfour-Erklärung



Bevor London das Osmanische Reich oder auch nur Teile davon in Besitz nahm, handelte es bereits wie ein Eigentümer. Auf dreiste Art versprach es allen alles und behielt es schließlich selbst. Am 08. Dezember 1917 war es geschafft. Der englische General Allenby zog mit seinen Truppen in Jerusalem ein. Jetzt verfügte Großbritannien tatsächlich über das Land, als dessen Eigentümer es sich aufspielte. Diesen Coup ließen sich die Briten in bezug auf das Heilige Land und die Franzosen in bezug auf Syrien und den Libanon am 24. Juli 1922 vom Völkerbund international legitimieren. Es war ein Skandal sowohl den Arabern als auch den Zionisten gegenüber.

Die tatsächliche politische Neuordnung des Nahen Ostens wurde im Januar 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz vorbereitet. Araber und Zionisten waren auch dabei. Jede dieser beiden Seiten pochte auf die Einlösung der ihm und seinem Volk gegebenen Versprechen. Feisal wollte das Arabische Königreich, Weizmann wollte die von den Zionisten erstrebte Heimstätte in Palästina. Aufgrund einer von Weizmann vorgelegten Karte kam es in Paris dann am 03. Januar 1919 zu einer Einigung. Feisal fand sich mit der Herauslösung Palästinas aus dem Arabischen Königreich ab. Ja – er akzeptierte sogar einen jüdischen Staat. Im wesentlichen auf der Grundlage des MacMahon Briefes aus dem Jahr 1915.

Handschriftlich fügte er der Vereinbarung hinzu: „Ich stimme dieser Übereinkunft nur unter der Bedingung zu, dass die Araber ihre Unabhängigkeit erhalten“. Dagegen hatten die Zionisten überhaupt keine Einwände. Sie wollten „nur“ Palästina“.

Faisal-Weizmann-Abkommen vom 03.Januar 1919

Das Faisal-Weizmann-Abkommen bestimmte die einvernehmliche Festlegung von Staatsgrenzen für das von Faisal angestrebte arabische Königreich und den von Weizmann gemäß der Balfour-Deklaration angestrebten jüdischen Staat. Die Araber stimmten damit der Herauslösung Palästinas aus dem arabischen Königreich und der Existenz eines jüdisch-zionistischen Staates grundsätzlich zu.

Bedingung von Faisal: die Araber müssen die ihnen versprochene Unabhängigkeit erhalten.

(diese Bedingung wurde von GB nicht eingehalten – man handelte nach dem **geheimen Sykes-Picot-Abkommen** vom Mai 1916)

Das Faisal-Weizmann Abkommen trat nie in Kraft

Hier Auszüge aus dem Faisal-Weizmann-Abkommen

- Zwischen dem arabischen Staat und dem jüdischen Palästina soll in allen Bereichen das herzlichste Einvernehmen und Verständnis bestehen.
- Die Grenzen zwischen beiden Staaten wird eine Kommission festlegen, die von beiden Seiten einvernehmlich zusammengesetzt wird.
- Die Verfassung und Verwaltung von Palästina wird die Durchführung der Balfour-Erklärung garantieren.
- Alle Massnahmen zur Förderung der jüdischen Einwanderung sollen ergriffen werden. Die arabischen Bauern und Pächter werden in ihren Rechten geschützt und in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt.
- Die heiligen Stätten der Mohammedaner werden unter mohammedanischer Kontrolle stehen.
- Etwaige Streifragen werden der britischen Regierung als Schiedsstelle vorgelegt.

Hussein und Feisal und sein Vater Hussein waren also vollständig über das Projekt der jüdischen Heimstätte informiert. „Palästina schien ihnen keine große Sorge zu machen“, notierte Lloyd George, der britische Premier, über deren Reaktion. Im Gegenteil!

„Wir Araber“, schrieb Feisal im März 1919 an den amerikanischen Zionisten Felix Frankfurter, „speziell die Gebildeten unter uns, betrachten die zionistische Bewegung mit der größten Sympathie ... und wir betrachten die zionistischen Forderungen als gemäßigt und angemessen. Wir werden alles tun, um ihnen, soweit es uns betrifft, zum Durchbruch zu verhelfen. Wir werden den Juden ein allerherzlichstes ‚Willkommen zuhause‘ wünschen.“

Anlässlich eines Abendessens mit Lord Rothschild, dem Adressaten der Balfour-Erklärung, ging Feisal noch einen Schritt weiter: „Kein echter Araber kann den jüdischen Nationalismus beargwöhnen oder fürchten. Finden wir irgendwo auf der Welt Mittelpersonen, die geeigneter wären als Sie? Denn Sie haben all das Wissen Europas und sind blutsmäßig unsere Cousins.“

In Palästina hing dieses Wohlwollen mit der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen, die mit der zionistischen Einwanderung einherging, zusammen. So stieg die Zahl der in Palästina lebenden Araber während des britischen Mandats von 600.000 auf 950.000 an, wobei der arabische Bevölkerungszuwachs überproportional dort anstieg, wo auch der jüdische Impuls am stärksten war.

„Als Resultat dieser Entwicklung waren während der Mandatszeit (1920-1948) die Phasen der friedlichen Koexistenz zwischen Arabern und Zionisten erheblich länger als die Phasen gewaltsamer Eruptionen“ schreibt der Nahost-Historiker Efraim Karsh. „In den Zwanziger- und Dreißigerjahren führten jüdische Vertreter Hunderte von formalisierten Treffen mit Arabern in Palästina und den benachbarten arabischen Staaten durch und wurden häufig zu geselligen Zusammenkünften, zu offiziellen Terminen wie auch in die Häuser prominenter arabischer Familien eingeladen.“

Dies änderte sich rapide, als ab Mitte der Dreißigerjahre mit dem Mufti von Jerusalem ein radikaler Antisemit die Oberhand gewann und die auf Koexistenz setzenden Araber zu terrorisieren begann. Er wurde hierbei vom nationalsozialistischen Deutschland mit Geld, Waffen und antisemitischer Propaganda unterstützt.

Wenn heute beklagt wird, dass „die bürgerlichen und religiösen Rechte“ der Palästinenser nach wie vor „beeinträchtigt“ werden, dann sind dafür weder Juden noch Briten, sondern jene radikale Antisemiten, die die arabisch-palästinensische Nationalbewegung seit Mitte der Dreißigerjahre dominieren, verantwortlich zu machen.

Wie wenig der geschichtliche Zusammenhang in Deutschland und Europa bekannt ist, beweist der Artikel in der FAZ zum 100. Jahrestag der Balfour-Erklärung unter der Überschrift „Hundert Jahre Unfrieden“ von Rainer Hermann.

Dort heisst es „Die Folge der jüdisch-zionistischen Landnahme in Palästina war jedoch, dass nun in der arabischen Welt ein neuer Antisemitismus entstand.“ Hundert Jahre Unfrieden – dieses Fazit zum hundertsten Jahrestag der Balfour-Deklaration, hätte auch von der Presseabteilung der iranischen Botschaft oder einer Nazigruppe stammen können. Meinungsstark und faktenschwach wird auch in den sog. „gebildeten Kreisen“ immer wieder behauptet, Israel ist an allem schuld.

Das vom Völkerbund im Juli 1922 verabschiedete britische Mandat über Palästina bestand aus folgenden Gebieten:

- dem heutigen israelischen Kernstaat in seinen Grenzen vor den Eroberungen des Sechstagekrieges
- dem Ostjordanland
- dem Westjordanland
- dem Gaza-Streifen

Aber was vermag das Völkerrecht gegen handfeste politische Eigeninteressen auszurichten? Für Großbritannien war der nahe Osten, also auch Palästina, ein Verbindungsstück zum riesigen Kolonialreich in Indien. Im Nahen Osten gab es den strategisch wichtigen Suezkanal, und es gab Öl – allerdings auf der arabischen Seite. Nicht zu vergessen ist auch, dass in Indien Millionen von Moslems lebten.

Obwohl der Völkerbund das Mandat für Palästina erst Mitte 1922 aussprach, hatte die britische Regierung bereits 1921 vier Fünftel dieses Gebietes abgezweigt. Für die Familie der Haschemiten. Ein Akt der Wiedergutmachung – auf Kosten der Juden und der Palästinenser. Der Emir Abdallah bekam das Gebiet östlich des Jordan (Transjordanien) als Trostpflaster. Obwohl Transjordanien zum Mandatsgebiet gehörte, wurde es in ein Emirat umgewandelt. Mit britischer Hilfe wurde anschließend die Königsfamilie importiert und 1946 das Königreich Jordanien ausgerufen.

Die Zionisten bezeichneten diese Maßnahme als „erste Teilung Palästinas“. Und auch die Palästinenser waren empört, denn Churchill hatte ihnen einfach eine fremde Herrscherfamilie aufgepfropft. Dadurch wurde ein weiterer Konfliktherd geschaffen, der bis auf den heutigen Tag aktiv ist.

Während und nach dem 2. Weltkrieg begannen die Aktionen gegen die britische Besatzung in Palästina auf breiter Front. Auch nach dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden weigerte sich die britische Regierung, Überlebende nach Palästina einreisen zu lassen. Diese britische Sturheit erregte die Öffentlichkeit in der ganzen Welt.

Im Heiligen Land wurden die Briten durch militante Rechtszionisten unter Begin regelrecht herausgebombt, die Linkszionisten setzen die Propagandawaffe der Einwanderung wirksam ein. Auch die Palästinenser wollten den sofortigen Abzug der Briten und in Amerika empörte sich die Öffentlichkeit über Dummheit und Unmoral der Briten. Im Februar 1947 gab die britische Regierung auf. Sie überließ das Palästina-Problem der UNO. Die alleingelassenen Konfliktparteien, die Zionisten und die Palästinenser, bauten ihre Fronten auf.

Am 29. November 1947 glaubte die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Lösung für den Konflikt gefunden zu haben: die Teilung des Heiligen Landes mit einer internationalen Verwaltung für die Stadt Jerusalem.

Die zionistischen Politiker stimmten diesem Teilungsplan, der nur ein winziges Staatsgebiet für Israel vorsah, zähneknirschend zu. Die Palästinenser lehnten den Plan komplett ab. Sie griffen sofort (am 30. November 1947) zu den Waffen – und verloren alles. Auch den ihnen von der UNO zugedachten Teilstaat.

Der Staat Israel wurde am 14. Mai 1948 ausgerufen. Die bereits im Bürgerkrieg geschlagenen Palästinenser riefen ihre arabischen Brüder um Hilfe. Sie kamen: Ägypter, Iraker, Libanesen, Syrer. Aber einer von ihnen raubte den Palästinensern den Rest des Gebietes, das ihnen von der UNO zugewiesen war. Es handelte sich um den König Abdallah von Jordanien: Er eroberte die Altstadt von Jerusalem sowie das gesamte Westjordanland. Im Dezember 1948 ließ er sich von seinen Anhängern als „Befreier“ feiern und verleibte das Westjordanland und Ost-Jerusalem seinem Königreich ein. Fortan nannte er sein Reich „Jordanien“. Auch den Gazastreifen verloren die Palästinenser an Ägypten.

Interessant ist ein Blick auf die jordanischen Einheiten, die als einzige arabische Armee mit Stolz auf den Tag des endgültigen Waffenstillstandes zurückblicken konnte. Der Verband „Arabische Legion“ wurde durch die britische Regierung aufgebaut und finanziert. Britische Offiziere führten das Kommando. Der Oberbefehlshaber war ein britischer Generalleutnant. Diese Legion hat dafür gesorgt, dass die Altstadt von Jerusalem dem Emirat Transjordanien eingegliedert wurde.

Jordanien hat mit der Annexion das Völkerrecht gebrochen, denn die UNO hatte dieses Gebiet den Palästinensern als Staatsgebiet zugesprochen.

Israels Präsenz im Westjordanland wird oft fälschlich als „Besatzung“ bezeichnet. Nach internationalem Recht ereignet sich Besatzung jedoch nur in Gebieten, die einem anerkannten Souverän genommen wurden. Der letzte anerkannte Souverän über das Westjordanland und Gaza war das Osmanische Reich, das nach dem ersten Weltkrieg zu existieren aufhörte.

Die jordanische und die ägyptische Herrschaft über das Westjordanland bzw. über Gaza nach 1948 resultieren aus einem Angriffskrieg, der auf die Zerstörung des neu gegründeten jüdischen Staates abzielte. Ihre Angriffe verstießen klar gegen die Resolution 181 der UN-Vollversammlung aus dem Jahr 1947 (auch als „Teilungsplan“ bekannt). Danach wurde die ägyptische und jordanische Herrschaft über diese Gebiete niemals von der internationalen Gemeinschaft anerkannt.

Abgesehen davon hat niemals ein souveräner palästinensischer Staat existiert, weder im Westjordanland noch sonst wo. Weil es also im Westjordanland keinen legitimen vorherigen Souverän gab, können diese Gebiete nach internationalem Recht auch nicht als „besetztes“ arabisches oder palästinensisches Land gelten. Die richtige Bezeichnung wäre „umstrittene Gebiete“.

Eugene Rostow (1913 – 2002), amerikanischer Rechtswissenschaftler und Mitverfasser der UN-Sicherheitsrat-Resolution 242, argumentierte, dass das Westjordanland als einstiger Teil des Osmanischen Reichs als „Territorium ohne Zugehörigkeit“ betrachtet werden solle. Aus dieser Perspektive hätte Israel anstelle des Status eines „kriegführenden Besatzers“ den eines „Anwärters auf das Territorium“.

Die völkerrechtlichen Einwände gegen die „israelischen Siedlungen“ beziehen sich im Wesentlichen auf zwei Quellen:

- die Haager Konventionen von 1907
- die Vierte Genfer Konvention von 1948

Artikel 46 der Haager Konventionen untersagt einer Besatzungsmacht, Privateigentum zu konfiszieren. Tatsächlich hat Israel privaten Grundbesitz von arabischen Eigentümern gekauft (requiriert). Doch Requirierung ist nicht das Gleiche wie Konfiszierung, denn bei der Requirierung wird eine Kompensation gezahlt.

Der Erste Absatz des Artikels 49 der Genfer Konvention verbietet „zwangsweise Einzel- oder Massenumsiedlungen...“ Bei Israels Siedlungspolitik handelt es sich aber um freiwillige Umsiedlungen.

Zur Begründung der „rechtswidrigen Besatzung“ wird von Israel-Kritikern immer wieder auf die UN-Resolution 242 vom November 1967 verwiesen. Darin wird der Rückzug Israels aus den Gebieten gefordert, die während des jüngsten Konfliktes (gemeint ist der Sechstagekrieg) besetzt wurden. Leider lesen die wenigsten dieser Kritiker aber den nicht unwesentlichen zweiten Teil dieser Resolution.

Im oft zitierten UN-Sicherheitsratsbeschluß Nr. 242 vom 22. November 1967 ist neben der Forderung zum Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten auch die Anerkennung Israels durch die Arabischen Staaten enthalten. Dort heisst es: Der Rückzug Israels habe im Gegenzug für eine Anerkennung Israels und die Respektierung seiner Sicherheit frei von Bedrohung und Gewalt zu erfolgen. Ein Inhalt der oft vergessen wird.

November 1967 Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates

Sie fordert den Rückzug Israels „aus (den) besetzten Gebieten, die während des jüngsten Konfliktes besetzt wurden“ im Gegenzug für eine Anerkennung Israels und die Respektierung seiner Sicherheit „frei von Bedrohung und Gewalt“.

Es wurde bewusst kein genauer Rückzug Israels auf die Waffenstillstandslinie von 1949 gefordert, da Grenzkorrekturen ermöglicht werden sollten.

Der Versuch der Sowjetunion, das Wort „alle“ einzufügen, scheiterte in den Verhandlungen.

Israel war nach der Verabschiedung der Resolution bereit, über das Gebiet am Jordan ohne Vorbedingungen zu sprechen. Tatsächlich war das Tor zu Gesprächen aber bereits versperrt. Denn vor dem Beschluß der UN hatten die Könige und Präsidenten Arabiens entschieden, mit Israel nicht zu verhandeln. In Khartum wurden in der Zeit vom 29.08 bis zum 03.09.1967 die „Drei Nein“ beschlossen: keine Verhandlungen mit Israel, keine Anerkennung Israels, kein Friedensvertrag mit Israel.

Israel – Grenzen 1967



Die arabischen Staaten hatten ganz andere Interessen, als die Gründung eines palästinensischen Staates zu fordern. Hussein von Jordanien sah im Gebiet am Westufer des Jordan einen territorialen Bestandteil seines Staates, den die Israelis nach den Verhandlungen an ihn zurückgeben sollten – und nicht an die „Palästinenser“. Die waren in seinen Augen nichts anderes als jordanische Untertanen. Die Repräsentanten von Syrien waren der Ansicht, das gesamte Gebiet, auf dem sich derzeit der Staat Israel befand, gehöre zu „Groß-Syrien“. Der Gedanke an einen Staat „Palästina“ war für sie nur ein Hirngespinnst. Niemand hatte das Recht, sich „Palästinenser“ zu nennen.

Was ist denn überhaupt so wichtig an der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates?

Bei dem Beschluß des Sicherheitsrates ging es nur darum, Proteste von Syrien und Jordanien zu vermeiden. Eigentlich war das Dokument im Jahr 1988 bereits wertlos geworden. Denn in diesem Jahr, am 14. November 1988 proklamierte Jassir Arafat den palästinensischen Staat mit den Worten „Im Namen Gottes und im Namen des Volkes, des palästinensischen Volkes, proklamieren wir den Staat Palästina auf palästinensischem Boden! Das heilige Jerusalem wird seine Hauptstadt sein.“

Warum konnte Arafat im November 1988 so weit gehen? Hier muss man jetzt den historischen Verzicht von König Hussein von Jordanien mit einbeziehen. „Jordanien ist nicht Palästina!“ mit diesen Worten trennte sich König Hussein am 31. Juli 1988 vom Gebiet am westlichen Ufer des Jordan. Der Fluß wurde jetzt zur Trennungslinie zwischen dem haschemitischen Königreich und dem Gebiet der Palästinenser.

Seit 1948 hatte der Jordan zwei Staatshälften der Monarchie miteinander verbunden. Ab jetzt war Jordanien nicht mehr zuständig für die Palästinenser. Hussein wollte sein Land aus diesem Konflikt heraushalten. Hussein sagte unter anderem „wir werden alle rechtlichen und administrativen Bindungen mit dem bisherigen Westteil unseres Landes abbauen.“

Jordanien trennte sich also von einem Tag auf den anderen von etwa einem Drittel seiner Gesamtbevölkerung. 850.000 Menschen waren jetzt keine Jordanier mehr, 20.000 Beamte wurden entlassen. Jordanien entledigte sich konsequent aller Unruhestifter, die keineswegs dankbar waren, Bewohner von Jordanien sein zu dürfen. Bei den Palästinensern brach Begeisterung aus. Die wenigen Gegenstimmen wurden nicht ernstgenommen.

Es lohnt sich also, die Historie der UN-Resolution 242 zu berücksichtigen und diese komplett zu lesen. Dann sollte man die Resolution mit der Charta der Hamas und der Politikgrundlage der Fatah vergleichen und erst dann urteilen.

Sehr unterschiedlich wird die Situation nach dem Sechstagekrieg (vom 05. – 10.06.1967) auch in Israel selbst diskutiert. Damals warnten bereits viele besorgte Stimmen vor zu viel Euphorie. Eine Stimme davon gehörte dem Philosophen Leibowitz, der davon sprach, dass Israel den militärischen Triumph des Sechstagekrieges am siebten Tag verloren habe: „Am siebten Tag mussten wir uns entscheiden (und wir waren frei uns zu entscheiden), ob dieser Krieg ein Verteidigungskrieg oder ein Eroberungskrieg war. Unsere Entscheidung lief auf einen Eroberungskrieg hinaus, mit all dem, was daraus folgte.“

Die Diskussion, die jetzt einsetzte, spaltet die israelische Gesellschaft bis heute. Nichts wühlt die Israelis bis heute so auf wie die Fragen:

- Soll das Westjordanland Teil Israels bleiben oder Teil eines zukünftigen Palästinenserstaates werden?
- Wie kann der Charakter eines jüdischen Staates beibehalten werden, wenn die Hälfte der Bevölkerung arabisch ist?
- Gefährdet die Aufgabe des Westjordanlandes die Sicherheit Israels?

Alle diese Fragen sind seit 50 Jahren unbeantwortet. Seit dieser zweiten Gründung des Staates Israel.

Zwei sehr unterschiedliche Lösungsansätze wurden unmittelbar nach den Ereignissen veröffentlicht: Moshe Shamir „My Life with Ishmael“ und Uri Avnery „Israel without Zionists“.

Shamir stellt die These auf, dass nur ein starkes Israel einen Frieden in der Region erreichen kann. Er sieht das jüdische Volk als verfolgte Nation, die einer permanenten Bedrohung ausgesetzt ist. Die Palästinenser gehören nicht in dieses Land, sie sind deshalb auch keine Flüchtlinge. Das tatsächliche Palästina sei Syrien. Im Laufe der Zeit repräsentierte Shamirs Position mehr und mehr die allgemeine israelische Haltung gegenüber den Arabern.

Uri Avnery definiert als Beginn des „Teufelskreises“ (Balfour-Erklärung und britische Unterstützung für das zionistische Projekt) die Anfangsphase der zionistischen Bewegung. In Europa entstanden, ist der Zionismus für ihn ein westliches Phänomen, das die Existenz der arabischen Bevölkerung ignoriere.

Die Wurzeln des Problems liegen danach im Westen. Avnery legt die Verantwortung für die Lösung der politischen Situation in die Hände Israels. Die Lösung besteht für Avnery darin, die israelische Gesellschaft vom Westen loszulösen und sich in den Nahen Osten zu integrieren. Danach muss Israel seine Identifikation mit den westlichen Mächten aufgeben und eine natürliche Beziehung zu seinen regionalen Partnern aufbauen. Diese „Utopie“ könne durch die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und 1967 realisiert werden.

Shamir und Avnery repräsentieren zwei Extreme und einander widersprechende Stimmen im heutigen Israel. Beide Ideologien sind bis heute in der israelischen Gesellschaft vertreten.

Zu diesem Thema passt der Gastbeitrag des Journalisten und Theologen Johannes Gerloff, der im November 2013 in der „Freien Presse“ unter der Überschrift **„Israel ist mit seinen Siedlungen im Recht“** veröffentlicht wurde

Israelische Siedlungen im Westjordanland



Westliche Politiker werden nicht müde, zu betonen, die israelischen Siedlungen im Westjordanland seien illegal. Sie prophezeien, die Bautätigkeit in den sogenannten Palästinensergebieten mache einen künftigen Palästinenserstaat unmöglich, drohen mit der Isolierung Israels auf der internationalen Bühne, der Delegitimierung des jüdischen Staates und - demografisch bedingt - seinem Untergang.

Wenn sich ein deutscher Politiker heutzutage auf israelischem Podium als "großer Freund Israels" outet, weiß jeder Israeli - sofern er überhaupt noch weiter zuhört -, dass der erhobene Zeigefinger nicht mehr fern ist, verbunden mit dem Satz: "Ja, aber die israelischen Siedlungen..." Und man fragt sich, warum gerade die größten Freunde Israels vom jüdischen Staat Unmögliches fordern.

Der Politikprofessor Schlomo Avineri hält selbst jedes israelische Haus auf palästinensischem Boden für eine moralische Verfehlung. Trotzdem weiß er, dass eine Umsiedlung von fast zehn Prozent der Bevölkerung eines Landes eine politische Unmöglichkeit ist. "Das lässt sich in keiner Staatsform durchsetzen, nicht einmal in einer Diktatur. Das geht nur nach einem total verlorenen Krieg!", sagt der Professor an der Hebräischen Universität von Jerusalem. Wer also einen Rückzug Israels auf die sogenannten Grenzen von 1967 fordert, fordert politisch Unmögliches.

Doch einmal vom politisch Machbaren abgesehen: Sind die israelischen Siedlungen im Westjordanland tatsächlich illegal? Als Begründung dafür wird in der Regel Absatz 49 der 4. Genfer Konvention von 1949 angeführt, der Besatzungsmächten verbietet, "Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet (zu) deportieren oder um(zu)siedeln".

Doch diese Begründung scheitert an zwei Tatsachen: Erstens hat Israel die umstrittenen Gebiete nicht von einem anderen Staat erobert. Sie waren - rechtlich gesehen - Niemandsland. Der beste Beweis dafür ist, dass zwischen 1949 und 1967, als die Westbank in arabischer Hand war, keine einzige Stimme einen Palästinenserstaat gefordert hat.

Zweitens ist die überwältigende Mehrzahl der jüdischen Wohnungen in den vor 1967 von Jordanien besetzten Gebieten nicht das Ergebnis einer israelischen Siedlungspolitik, sondern Ausdruck einer Bewegung im jüdischen Volk, die ihre Politiker letztendlich zu bestimmten Entscheidungen zwingt, weil Israel eine Demokratie ist. Daran ändert auch nichts, dass sich deutsche "Freunde Israels" krampfhaft diejenigen israelischen Gesprächspartner suchen, die gegen die Siedlungen sind. Kein einziger Israeli wurde in die besetzten Gebiete transferiert oder deportiert.

Soweit Johannes Gerloff

Das jüdische Volk hat ein völkerrechtlich verbrieftes Anrecht auf das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan. Aber wo steht das?

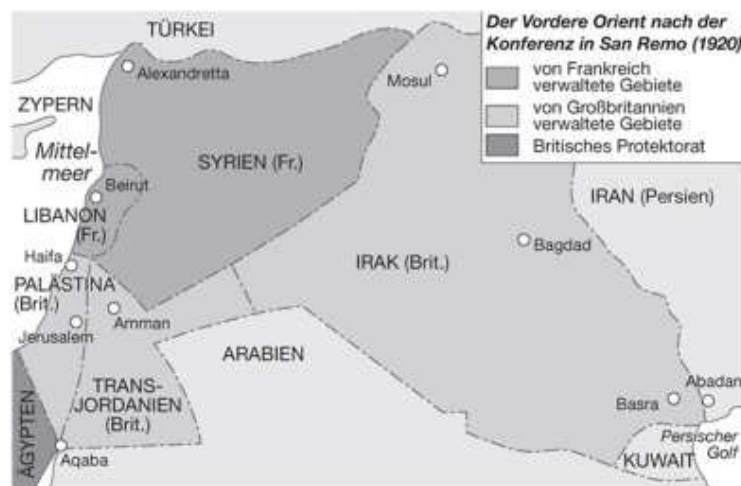
Konferenz von San Remo

Entscheidend für die Beantwortung dieser Frage ist die Konferenz von San Remo im Jahr 1920. Die San-Remo-Konferenz war ein internationales Treffen, bei dem nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die genauen Grenzen der von den Alliierten eroberten Gebiete festgelegt wurden.

Die Konferenz, an der Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan sowie die USA als neutraler Beobachter teilnahmen, fand im April 1920 im italienischen San Remo statt. In San Remo bestätigten die alliierten Hauptmächte das in der Balfour-Deklaration enthaltene Versprechen über die Einrichtung einer jüdischen nationalen Heimstatt in Palästina.

Dabei entschied man sich, die Balfour-Deklaration, die eine jüdische Heimstätte in Palästina befürwortete, in das britische Mandat für die Region einzubeziehen, womit international das jüdische Recht auf Selbstbestimmung an dem Ort, der Juden als das Land Israel galt (hebräisch: Eretz Yisrael), anerkannt wurde.

Ergebnis der Konferenz von San-Remo



Das Ergebnis der Konferenz von San Remo war ein Triumph der zionistischen Bewegung, die eine nationale Lösung für das jüdische Dilemma forderte. In San Remo wurde die Existenz der Juden als mehr als nur individuelle Anhänger einer bestimmten Religion – des Judentums –, sondern als gesellschaftliche Gruppe mit Anspruch auf nationale Selbstbestimmung bestätigt, in diesem Fall in Form einer nationalen Heimstätte. Diese sollte Palästina sein, die antike Heimat der Juden.

Die in San Remo bestimmte Sprachregelung stellte mit den Worten des britischen Außenministers Lord Curzon „die Magna Carta des Zionismus“ dar. Es war klar, dass der Begriff einer „nationalen Heimstätte“ einen Staat meinte.

Interessanterweise beinhalteten die Rechte der Araber („nichtjüdischer Gemeinschaften“) in Palästina keine nationalen, sondern nur bürgerliche und religiöse Rechte.

Das Ergebnis der Konferenz war eine wortwörtliche Übernahme der Balfour-Deklaration, mit einer wesentlichen Änderung. Während in der Balfour-Deklaration Großbritannien versprach, sein „Bestes zu tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern“ – die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina – so wurde dies in San Remo zur maßgeblichen Verpflichtung. Als Mandatsmacht war Großbritannien jetzt direkt „mit der Verwirklichung“ der Balfour-Deklaration“ beauftragt. Doch noch viel wichtiger ist, die Balfour-Erklärung wurde von einer politischen Willensbekundung (eingebettet in das Palästina-Mandat) zu einem „international rechtsgültigen Akt“ der Entente-Mächte. Auf der Grundlage der San-Remo-Ergebnisse wurde das Völkerbund-Mandat für Palästina definiert.

Das Völkerbundmandat für Palästina gilt als Schlüsseldokument für die internationale Legitimität der jüdischen Selbstbestimmung im Land Israel, also in Palästina. Die Präambel erinnert daran, dass „dadurch die Anerkennung der historischen Verknüpfung des jüdischen Volkes mit Palästina und der Grundlagen für die Wiedererrichtung seiner nationalen Heimstätte in diesem Lande erfolgt ist.“

Jetzt begann das Dilemma der Briten. Sie hatten Allen alles versprochen. Bewaffnete Konflikte waren jetzt nur noch eine Frage der Zeit. Die Briten brauchten Lösungen.

Auf der Konferenz von Kairo 1921 kommen die Briten den arabischen Forderungen entgegen. Die Balfour-Deklaration wird auf das Gebiet westlich des Jordans eingeschränkt. Das abgetrennte Gebiet wird dem jüngeren Bruder Feisals, Abdallah zur Verwaltung übergeben, später wird es zum selbständigen Emirat Transjordanien unter britischem Mandat.

In Folge dieser Konferenz wurde 1922 dem Britischen Reich Palästina, das damals noch das heutige Königreich Jordanien mit einschloss, als Mandat anvertraut, mit dem ausdrücklichen Auftrag der Errichtung einer jüdischen Heimstätte. Von einer Teilung Palästinas war keine Rede.

Die Bedeutung der Balfour-Erklärung

Um die Bedeutung der Balfour-Deklaration für das heutige Israel überhaupt zu verstehen, muss man das Ganze in einen größeren Kontext einbetten. Zur Erläuterung dazu eine Geschichte aus dem Tanach (der Hebräischen Bibel). In dieser Geschichte sind die Israeliten nach 70 Jahren im babylonischen Exil in das Land ihrer Vorväter zurückgekehrt. Dort beginnen sie mit dem Wiederaufbau von Jerusalem. Das alles in einer Zeit des wachsenden Widerstandes und Angriffen vonseiten ihrer Feinde. In dieser Zeit berichtet der Statthalter Persiens im Land Israel dem damaligen Weltherrscher Darius, dass die Juden den Tempelbau trotz aller Verbote und Erlasse des Königs wieder aufgenommen hätten. Als er die Juden gefragt habe, warum sie sich den Befehlen des Königs widersetzen, hätten sie folgendes erklärt: „Im ersten Jahr des Kyros, des Königs von Babel, befahl der König, dieses Haus Gottes wieder zu bauen.“

Der Statthalter fragt jetzt beim König an, ob es diesen Befehl tatsächlich gebe. Darius lässt im Haus der Schriften nachforschen und tatsächlich, man findet in Achmeta, in einer Festung, eine Schriftrolle, auf der geschrieben steht, dass der König Kyros befahl, das Haus Gottes in Jerusalem wieder aufzubauen.

In dieser Geschichte geht es nicht in erster Linie um den Tempelbau. Es geht darum, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Anspruch auf das Land nicht aus einer Verheißung Gottes stammt sondern ausdrücklich auf das verbrieft Wort eines heidnischen Herrschers. Auf die heutige Zeit übertragen heisst das, das damalige internationale Recht hat die Wiederansiedlung der Juden im Heiligen Land erlaubt. Dieses Edikt von Kyros war also quasi ein antiker Vorläufer der Balfour-Erklärung. Eine briefliche Zusicherung von dem damaligen Herrscher über die Nationen.

Was motivierte London zur Balfour-Erklärung?

Das wichtigste Motiv hing mit der Situation im Ersten Weltkrieg zusammen. Im Herbst 1917 drohte das Bündnis aus Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich diesen Krieg zu gewinnen. Den Alliierten (Großbritannien, Frankreich, Belgien, Russland und Italien) kam es darauf an, Russland trotz der Revolutionswirren von 1917 im Kriegsbündnis zu halten und die USA auf ihre Seite zu ziehen. Ausgehend von der Legende, dass Juden großen Einfluss auf ihre jeweiligen Regierungen ausüben, verfolgte die Balfour-Erklärung den Zweck, die russischen und amerikanischen Juden und über sie auch deren Regierungen an die Alliierten zu binden.

Es gelang den Zionisten unter der Führung von Nahum Sokolow im Laufe des Jahres 1917 sowohl den Vatikan als auch die Regierungen der USA, Italiens und Frankreichs für das Konzept der jüdischen Heimstätte zu gewinnen. Bereits am 4. Juni 1917 erhielt Sokolow vom Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amts, Jules Cambon, die folgende schriftliche Erklärung:

„Sie (Nahum Sokolow) sind der Auffassung, dass es ... ein Akt der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung wäre, wenn die alliierten Mächte die Wiedergeburt der jüdischen Nationalität in dem Land, von dem aus das Volk von Israel vor so vielen Jahrhunderten ins Exil geschickt wurde, unterstützen. Die französische Regierung, die diesen gegenwärtigen Krieg führt ... kann nur Sympathie für Ihr Anliegen empfinden, dessen Triumph mit dem Triumph der Alliierten verbunden ist.“

Diese „Cambon-Erklärung“ ist bemerkenswert, weil sie den Sieg des Zionismus mit dem Sieg über das deutsche Kaiserreich verknüpft und die pro-zionistische Parteinahme als einen „Akt der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung“ bezeichnet. Frankreich war der wichtigste Kriegspartner Großbritanniens und im Nahen Osten dessen gewichtigster Konkurrent. Ohne diese französische Zustimmung zum zionistischen Projekt, da sind sich die Historikerinnen und Historiker einig, hätte es die wenige Monate später veröffentlichte Balfour-Erklärung nicht gegeben.

Damit aber ist klar, dass die Antiimperialisten aller Länder im Unrecht sind, wenn sie den Balfour-Brief als einen isolierten und illegitimen kolonialistischen Schachzug des britischen Imperialismus brandmarken. Tatsächlich entstand die sorgfältig austarierte Formel der Balfour-Erklärung im Konsens der damals führenden Demokratien.

Dieser Ablauf der Ereignisse belegt ganz eindeutig, dass es nicht der Holocaust war, der die jüdische Heimstätte legitimierte, sondern die internationale Anerkennung der Tatsache, dass das jüdische Volk mit Palästina verbunden war und ist.

1917 wurde die nationale Selbstbestimmung der Völker zum Organisationsprinzip internationaler Politik: Aus dem zerfallenen Osmanischen Reichs gingen Nationalstaaten hervor, die auf dem Weg in ihre Unabhängigkeit vorübergehend unter der Kontrolle der vom Völkerbund beauftragten Mandatsmächte standen: Libanon, Syrien, Irak, Saudi-Arabien, Jordanien, Kuwait, Bahrein, Qatar und Jemen.

Bei dieser Staatenbildung wurde allerdings die einheimische Bevölkerung im Nahen Osten gar nicht gefragt. Es gab keine innere Zustimmung der betroffenen Völker und damit ein sog. „Legitimationsdefizit“. Langfristig, bis heute, macht sich dieser Zustimmungsmangel dadurch bemerkbar, dass im Grunde kein Nahost-Staat (außer Israel) innerlich und äußerlich gefestigt ist. Die Grenzen vieler Staaten waren und sind künstlich. Sie sind nicht organisch entstanden und haben mit der Verteilung der Bevölkerungsgruppen nur sehr bedingt zu tun. Zusätzlich wurden sogar noch Herrschaftsfamilien importiert. (Beispiel: Irak und Transjordanien). Ein Grund für weitere Konflikte.

Während dieser Zeitepoche hat sich auch die zionistische Nationalbewegung formiert und profiliert. Von einer Nationalbewegung arabischer Palästinenser war jedoch nichts zu erkennen.

Heute dient die Balfour-Erklärung als legaler Grundstein des zionistischen Projektes in Palästina. Am Anfang war sie nur eine Absichtserklärung der britischen Regierung. Es lagen aber bereits Zustimmungen von US-Präsident Wilson, dem Papst, von Italien und von Frankreich vor. In der San-Remo-Resolution erhielt sie dann im Jahr 1920 den Status des internationalen Rechts. Artikel 80 der UNO vom Oktober 1945 beinhaltet, dass die Erklärungen und Entscheidungen des Völkerbundes weiterhin Bestand haben. Nach dieser Bestimmung des internationalen Rechts (die Charta ist ein internationaler Vertrag) durften die jüdischen Rechte an Palästina und dem Land Israel nicht abgeändert werden. Diese Entscheidung wurde in San Remo einstimmig von allen 52 Ländern angenommen, die Mitglieder dieser Organisation waren.

Doch wie der Befehl seines antiken Vorgängers versank auch die Balfour-Erklärung in den Archiven und bestimmte fortan nicht mehr die Politik im Nahen Osten. Die Juden hielten sich dagegen strikt an die Verpflichtungen aus der Erklärung, weder die zivilen noch die religiösen Freiheiten der Nicht-Juden im Land zu beschneiden.

Die westliche Politik gegenüber Israel geht aber selten weiter als ins Jahr 1967 (Resolution 242 – Rückzugsforderung aus den besetzten Gebieten) und so gut wie nie über das Jahr 1947 (Resolution 181 – Teilungsplan) hinaus. Wenn man auf die Vergangenheit verzichtet, dann kann man die jüdischen Aktivitäten und Baumaßnahmen als illegal (Resolution 2334 – die Entscheidung des Sicherheitsrates gegen die Siedlungspolitik) ansehen. Doch die jüdischen Rechte am Land Israel und an Jerusalem reichen auch in der Moderne weiter zurück – bis in die Zeit um das Jahr 1920. (Entscheidung von San-Remo)

Der Erlass des Kyros und die Erklärung von Balfour liegen unbeachtet in den Archiven. Ohne Kenntnis der historischen Tatsachen verurteilen die Medien und die Herrscher in der Welt die israelische Politik, die sich bei aller legitimen Kritik an Einzelmaßnahmen doch nur an die internationalen Vereinbarungen hält.

Darius schrieb als Antwort auf die Anfragen des Statthalters: „So haltet euch fern von dort. Lasst sie arbeiten und wiederaufbauen.“

Zusammenfassung der historischen Daten bis 1922

24.10.1915 - Mac Mahon-Erklärung. Das Heilige Land soll den Arabern gehören. (Erklärung der Briten ohne jede Völkerrechts-Verbindlichkeit)

Anf. 1916 - Verteilung der „Beute“ – das Osmanische Reich wird bereits vor Kriegsende unter die vermeintlichen Siegermächte (Großbritannien, Russland, Frankreich, Italien, Griechenland) ohne jede völkerrechtliche Legitimation aufgeteilt.

16.05.1916 - England und Frankreich beschließen das sog. Sykes-Picot-Abkommen. Mesopotamien geht an Großbritannien – Syrien und Libanon an Frankreich. Es wird nie eine völkerrechtliche Bestätigung dieses Abkommens geben.

01.11.1917 - die britische Regierung gibt die sog. Balfour-Erklärung für eine jüdische Heimstatt in ganz Palästina ab. Zu diesem Zeitpunkt eine Willenserklärung ohne völkerrechtliche Bindung.

April 1920 - auf der Konferenz von San Remo wird Palästina den Zionisten zugesprochen. Grundlage dieser Vereinbarung ist die Balfour-Erklärung. Dieser Beschluß ist die Vorbereitung für die erwartete Zustimmung durch die Völkergemeinschaft.

1921 - Konferenz von Kairo. Großbritannien teilt das Land. Transjordanien (das Gebiet östlich des Jordan) wird rechtswidrig dem König Abdullah überlassen, obwohl in San Remo auch Transjordanien den Zionisten übergeben werden sollte.

24.07.1922 Der Beschluß von San Remo wird in das Völkerrecht übernommen. Das Gebiet einschl. Transjordanien gehört den Zionisten.

1939 – eine zynische und kaltschnäuzige Politik Englands erkennt, dass die Juden niemals für Hitler-Deutschland kämpfen werden. Man muss ihnen folglich auch nichts bieten und kann sich ausschließlich darauf konzentrieren, dass die Araber sich nicht auf die Seite von Hitler-Deutschland schlagen. Das Ergebnis ist das sog. „Weissbuch“, eine Art Regierungsprogramm, das am 17. Mai 1939 veröffentlicht wird. Innerhalb von 10 Jahren soll Palästina ein arabischer Staat werden. Die Einwanderung der Juden wird eingeschränkt, der Verkauf von arabischem Boden an Juden wird untersagt. Ein weiterer klarer Verstoß der britischen Regierung gegen das Völkerrecht.

Nur der Beschluss der UN-Vollversammlung von 1947 sieht eine Teilung Palästinas vor. Dieser Beschluss ist jedoch völkerrechtlich nicht bindend und wurde zudem nach Ausrufung des israelischen Staates von den arabischen Nachbarn mit Krieg beantwortet.

Dramatisch wurde es dann im November 1988, als der Staat Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem von Arafat proklamiert wurde. Vier Monate vorher, am 31.07.1988, hatte König Hussein sich mit den Worten „Jordanien ist nicht Palästina“ vom Gebiet am westlichen Ufer des Jordan getrennt. In einer Fernsehansprache teilte der König seinem Volk mit, er sei zukünftig nicht mehr zuständig für das westliche Ufer des Jordan. Mit diesem vermeintlichen Sieg der Palästinenser begannen jetzt aber die Probleme: zukünftig musste die PLO für die Bewohner von Ost-Jerusalem, Hebron, Jericho und Nablus sorgen. Nur wenige Palästinenser hatten die Weitsicht wie der Politologieprofessor Abdel Jawad: „Ein Sieg ist uns sicher, denn der König hat unser Land endlich uns Palästinensern übergeben. Doch wir werden einen hohen Preis zahlen müssen. Manchmal glaubt man, einen Sieg errungen zu haben, und stellt dann fest, dass man sich nur Probleme an den Hals geholt hat.“ 850.000 Menschen, die bisher sicher in Jordanien gelebt hatten, wurden in eine unsichere Zukunft entlassen.

Kein einziges Dokument, das völkerrechtlich bindend von Israel und seinen Verhandlungspartnern unterschrieben wurde, untersagt den Bau von israelischen Häusern im biblischen Judäa und Samaria. Die Abkommen von Oslo aus den Jahren 1993 und 1995 verweisen in dieser Frage auf ein Endstatusabkommen, das auszuhandeln bleibt. In diesem Endstatusabkommen soll auch der Status der umstrittenen Gebiete geklärt werden. Wer also heute schon von "palästinensischen Gebieten" spricht, nimmt den Ausgang dieser Verhandlungen vorweg.

Deshalb stellt sich die Frage: Was treibt westliche Politiker, eine komplizierte Situation derart zu pauschalisieren, dass man sich des Eindrucks nur schwer erwehren kann, mit alledem werde antiisraelische Propaganda in juristischer Verkleidung betrieben?

Wie das Nazi-Erbe den Nahen Osten bis heute prägt

Nazideutschland hat die Situation im Nahen Osten massiv beeinflusst. Wer diesen Hintergrund außer Acht lässt, kann die gegenwärtigen Konflikte in dieser Region nicht verstehen. Im Sommer 1937 machte Großbritannien den Vorschlag, Palästina in einen kleinen jüdischen und einen erheblich größeren arabisch-muslimischen Staat aufzuteilen. Dieser sogenannte „Peel-Plan“ alarmierte die Naziführung in Berlin.

Die Peel-Kommission beschäftigte sich während der britischen Mandats Herrschaft in Palästina mit der Untersuchung der gewalttätigen Ausschreitungen der Araber. Grund für die Ausschreitungen war der arabisch-jüdische Gegensatz und die Weigerung der britischen Regierung, das Mandatsgebiet als arabischen Staat in die Unabhängigkeit zu entlassen. Als Führer des Aufstands schwang sich Mohammed Amin al-Husseini auf, der einen Generalstreik initiierte. Der Aufstand wurde von britischen Truppen niedergeschlagen.

Nach Beginn des „Großen Arabischen Aufstands“ setzte die britische Mandatsregierung im August 1936 eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Sir William Peel ein. Die Kommission kam am 11. November 1936 in Palästina an und hörte über 113 Zeugenaussagen von Juden und Arabern (radikalen wie gemäßigten). Nach den Befragungen empfahl die Kommission einen Teilungsplan, durch den der „nicht beizulegende Konflikt zwischen zwei nationalen Gemeinschaften innerhalb der engen Grenzen eines kleinen Landes“ (Peel Report, S. 370) zu lösen wäre.

Teilungsplan 1937 (Peel-Kommission)



Anteil der Juden 1.900 von insg.
10.300 Quadratmeilen

Ein Gebiet, das kaum größer als
ein Ghetto war

Aufgrund des weit verbreiteten Antisemitismus unter der muslimischen Bevölkerung, sei eine „nationale Assimilation von Arabern und Juden ausgeschlossen“ (ebd., S. 371). Der Plan sah also erstmals die Teilung Palästinas in einen jüdischen Teil und einen arabischen Teil vor. Verschärft wurde dieser Konflikt durch die jüdischen Einwanderungswellen aus Europa. Zwischen 1931 und 1939 stieg die jüdische Bevölkerung des Mandatsgebiets von 175.000 auf 460.000 an.

Teilungsplan 1937 (Peel-Kommission)

Der Teilungsplan der Peel-Kommission (1937) wurde von der jüdischen Seite trotz Vorbehalten akzeptiert, von arabischer Seite allerdings abgelehnt und auf Empfehlung einer neuen britischen Arbeitsgruppe, der Woodhead-Kommission, schließlich ganz fallengelassen.

In Berlin begann man als Reaktion auf den Peel-Plan in großem Maßstab Geld zu investieren und Propaganda zu verbreiten, um die Araber gegen die Juden aufzuhetzen und sie zum Kampf gegen das zionistische Projekt aufzustacheln.

So steckten die Nazis in Ägypten mehr Geld in die Muslimbruderschaft, als in jede andere antibritische Gruppe. In Palästina wurde gleichzeitig Mohammed Amin al-Husseini mit Geld und Waffen versorgt. Beide Investitionen zahlten sich für die Nazis aus. Mitte der Dreißigerjahre waren die moderaten arabischen Kräfte, die mit dem Zionismus auszukommen suchten, noch keineswegs in der Minderheit. Dies änderte sich, nachdem die Nazis ihr Gewicht in die Waagschale der Islamisten geworfen hatten.

Der Mufti al-Husseini konnte im „arabischen Aufstand“ von 1936-39 die moderaten Palästinenser durch Terror aufreiben oder vertreiben. Die ägyptischen Muslimbrüder wiederum nutzen die Zusammenstöße in Palästina für antisemitische Kampagnen und wurden hierdurch erst zu einer Massenorganisation. Ihre Mitgliederzahl stieg von 800 im Jahr 1936 auf 200.000 im Jahr 1938 steil an. Die Geldspritzen aus Nazideutschland gestatteten es ihnen, eine Druckwerkstatt mit 24 Beschäftigten zu etablieren und ihren Antisemitismus mit den modernsten Mitteln zu verbreiten.

Berlin wollte sich auf die Muslimbrüder allein aber nicht verlassen, sondern begann noch vor dem II. Weltkrieg, seine antisemitische Propaganda auf Arabisch, Persisch, Türkisch und in Hindi zu verbreiten. Bevorzugtes Mittel war Radio Zeesen, ein Kurzwellensender, der aus Zeesen bei Berlin sendete. Da man ihn anlässlich der Berlin-Olympiade 1936 renoviert hatte, war er in der arabischen Welt besser als jeder andere Sender zu empfangen.

Die Programme, die der Sender von 1939 bis 1945 täglich ausstrahlte, waren professionell gemacht. So wurden antisemitische Hetzbeiträge geschickt mit Zitaten aus dem Koran und arabischen Musikbeiträgen vermischt. Die Alliierten des Zweiten Weltkriegs wurden als von „Juden abhängige Mächte“ gezeichnet und Juden zugleich als die schlimmsten Feinde des Islam attackiert: „Der Jude ist ein Feind und ihn zu töten erfreut Gott.“ Die Nazi-propaganda knüpfte also an den im Islam vorhandenen Judenhass an, um ihn zu radikalieren.

Über den Einfluss dieser Gehirnwäsche auf die weitgehend analphabetischen Massen liegen keine systematischen Untersuchungen vor. Zahlreiche Zeitgenossen haben jedoch von der Massenwirkung, die diese Goebbel'sche Radio-Propaganda auslöste, berichtet.

Beispiel Palästina: Hier berichtete ein arabischer Informant der Jewish Agency, dass er am 7. Oktober 1939 in Jaffa „an einem Café vorbeikam und eine deutsche Sendung hörte. Um das Café herum standen Araber – auch auf den umliegenden Balkons – und hörten der Übertragung zu.“

Beispiel Iran: Ein 1940 aufgenommenes Foto aus Teheran zeigt ein riesiges Röhrenradio an erhöhter Stelle in einer Wandnische sowie eine Menschenmasse, die am Eingang eines Teehauses die Rundfunkübertragung aufmerksam verfolgt. Damals versammelten sich Passanten „auf den Bürgersteigen vor den Teehäusern, um den Berichten der Deutschen über ihre Geländegewinne zu lauschen“, schrieb der iranische Schriftsteller Amir Cheheltan. „Die Berichte inspirierten die Phantasie der Menge auf der Straße, denn jeder Sieg entsprach einer Niederlage der Kolonialmächte Sowjetunion und Großbritannien, den sie bejubelte und beklatschte.“

Radio Zeesen trug auf diese Weise dazu bei, dass ein immer größerer Teil der arabischen Welt den Nahostkonflikt durch die antisemitische Brille der Nazis zu betrachten begann.

1945 wurde das Nazi-Reich zerschlagen. Gleichzeitig befanden sich dessen wichtigste Agenten im Nahen Osten auf dem Höhepunkt ihrer Macht. So verfügten die Muslimbrüder nach 1945 in Ägypten über 500.000 Mitglieder.

1946 bereiteten sie dem Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini – einem der größten Kriegsverbrecher des Nazi-Regimes, der den Holocaust forciert hatte und für den Tod Tausender jüdischer Kinder persönlich verantwortlich war – einen begeisterten Empfang. Sie bezeichneten ihn als „Helden, der mit der Hilfe Hitlers gegen den Zionismus kämpfte“ und erklärten: „Deutschland und Hitler sind nicht mehr, aber Amin al-Husseini wird den Kampf fortsetzen.“

Es lag maßgeblich an der Haltung der Muslimbrüder und des Mufti, dass der UN-Teilungsplan für Palästina von November 1947 nicht nur abgelehnt, sondern 1948 ein Krieg mit dem Ziel der Vernichtung des Teilstaats Israel vom Zaun gebrochen wurde. Dieser Krieg war nicht durch den Zionismus provoziert. Sein Motiv war der Antisemitismus, den die Nazis zwischen 1939 und 1945 systematisch verbreitet und den Amin al-Husseini und die Muslimbruderschaft zwischen 1946 und 1948 weiter geschürt hatten.

Natürlich lässt sich die Kontinuität eines vom Nationalsozialismus inspirierten antisemitischen Denkens in Palästina auch anhand zahlreicher anderer Indizien belegen: Die Ähnlichkeiten der antisemitischen Karikaturen von damals und jetzt, die Leugnung oder Befürwortung des Holocaust, die Verehrung Adolf Hitlers bei einem Teil der arabischen Meinungselite, die Verbreitung arabischer Ausgaben von „Mein Kampf“.

Dennoch wird bis heute der Nazi-Einfluss auf jene Region von der internationalen Nahost- und Islamforschung in der Regel ignoriert – auch in Deutschland. Immer noch scheuen sich bis heute die staatlich finanzierten Institute in Deutschland wie z.B. das „Zentrum für Antisemitismusforschung“ oder das „Zentrum Moderner Orient“ dieses Thema aufzugreifen.

Lösungsvorschlag für den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern

Der Konflikt wird niemals durch ein bilaterales Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern gelöst werden können. Nur wenn die gesamte arabische Region einen Plan unterstützt, hat dieser Aussicht auf Erfolg. Ein zentrales Problem dabei ist die Erwartung der Flüchtlinge (die im Krieg von 1948 vertrieben wurden), irgendwann in ihre angestammte Heimat zurückkehren zu können. (das „Recht auf Rückkehr“) Diese „Heimat“ ist das heutige Kerngebiet des Staates Israels. Jeder Betrachter von außen wird erkennen, dass diese Forderung oder diese Erwartung eine Illusion ist und bleibt. Denn es würde quasi die Auflösung Israels bedeuten.

Um den Verzicht auf diese Erwartungshaltung der palästinensischen Flüchtlinge (jetzt schon die 3. Generation) zu erreichen, bedarf es einer einheitlichen Politik aller gemäßigten arabischen Staaten, solange diese noch innenpolitisch stabil sind und nicht von islamistischen Gotteskriegeren bedroht werden.

Wenn allerdings die Palästinenser auf das „Recht zur Rückkehr“ verzichten, muß für sie eine langfristige Zukunftsperspektive aufgebaut werden. Hier heisst die Lösung: Integration der Flüchtlinge in das Kernland von Jordanien. Der jordanische König hat im ersten Halbjahr 2014 sogar einen solchen Vorschlag gemacht und dabei die Summe von 55 Mrd. Dollar für den Aufbau einer Infrastruktur und die Integration genannt. Eine Summe, die vor dem Hintergrund von 100 Jahren Krieg und Leid nur Kleingeld ist und mit Hilfe der reichen arabischen Staaten und des Westens ohne weiteres aufzubringen wäre. Für Gaza könnte dabei ein ähnlicher Status wie Singapur – ein unabhängiger Stadtstaat - eine Lösung sein.

Zum Abschluß dieser historischen Betrachtung über Stimmungen und Landrechte ein Zitat von Arno Lustiger, ein Holocaust-Überlebender, ein Historiker mit deutschen Wurzeln, ein Chronist des Warschauer Aufstandes: „Wenn die Araber die Waffen niederlegen, wird es keinen Krieg mehr geben. Wenn Israel die Waffen niederlegt, wird es Israel nicht mehr geben“.

In der gesamten immer wieder aufflammenden Debatte darüber, ob der UNO-Sicherheitsrat oder die Vollversammlung das Recht haben, den Antrag der „palästinensischen Autonomie“ auf Anerkennung als neuen Mitgliedsstaat der UNO zu genehmigen, wird nie die juristische Tatsache erwähnt, dass es der UNO selbst durch ihre eigene Charta verboten ist, über einen solchen Antrag zu verhandeln oder ihn zu genehmigen.

Verwiesen wird hier noch einmal auf Artikel 80 der UNO-Charta, die klar definiert, dass alle den Juden unter dem Mandat für Palästina gewährten Rechte unberührt auch nach dem Auslaufen des Mandates erhalten bleiben. Nach dieser Bestimmung des internationalen Rechts dürfen die jüdischen Rechte an Palästina und dem Land Israel nicht abgeändert werden. Artikel 6 des Mandats garantiert allen Juden die freie Einwanderung in das Land und die Gründung von Siedlungen im gesamten Mandatsgebiet.

Es sollte Allgemeinwissen sein, dass unter dem Mandat ganz Palästina ausschließlich für die Gründung der jüdischen Heimstatt und des zukünftigen jüdischen Staat vorgesehen war. So wurde auf der Friedenskonferenz von San Remo im April 1920 entschieden und diese Entscheidung gilt noch heute. Das heisst: kein Teil Palästinas wurde einer arabischen nationalen Heimstatt oder einem arabischen Staat zugewiesen.

Die arabische Selbstbestimmung wurde andernorts – in Syrien, dem Irak, Arabien, Ägypten und Nordafrika – reichlich gewährt. Sie führte zur Gründung von heute 21 arabischen Staaten, auf einer gewaltigen Landmasse vom Persischen Golf bis zum Atlantischen Ozean. Es gibt keine rechtliche Grundlage für einen unabhängigen arabischen Staat in dem für die jüdische Selbstbestimmung reservierten ehemaligen Mandatsgebiet Palästina, insbesondere nicht in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen. Einen solchen Staat aus jüdischem Land zu schaffen wäre nach Artikel 80 der UNO-Charta offensichtlich illegal und jenseits der juristischen Befugnis der UNO.

Aussagen der Propheten Sacharja und Joel

Jerusalem wird zum „Laststein“ - zur Belastung für alle Völker.

Die Feindschaft von Völkern gegen Israel wird im Verlauf der Zeit eher zunehmen.

Dieser Konflikt ist auf Dauer nicht mit den üblichen Mitteln der Diplomatie lösbar.

Der eigentliche Grund: Ein unstillbarer, irrationaler Hass der Nachbarvölker auf das jüdische Jerusalem und das jüdische Israel.

Der Prophet Joel spricht von einem „Tal der Entscheidung“ für die Nationen.

Jerusalem – die Hauptstadtfrage

Trump hat einen Beschluss umgesetzt, der 1995 während der Regierungszeit von Bill Clinton getroffen wurde und seitdem durch eine Klausel alle sechs Monate verschoben werden kann – und verschoben wurde. Hintergrund: die Verhandlungen über die Nahost-Frage sollten durch diese Entscheidung nicht beeinträchtigt werden.

Beschluss-Text: „Jeder souveräne Staat kann seine Hauptstadt selbst bestimmen.“

Obama sagte 2008 wörtlich: „Jerusalem wird die Hauptstadt Israels bleiben, und sie muss ungeteilt bleiben.“

Bill Clinton 1992. Er erklärte: „Jerusalem ist noch immer die Hauptstadt Israels, und muss eine ungeteilte Stadt bleiben.“

Vollversammlung der Vereinten Nationen zur „Palästinafrage“

(Auszug aus der Rede des israelischen UN-Botschafters im Dezember 2014)

Ich stehe vor der Welt als ein stolzer Repräsentant des Staates Israel und des israelischen Volkes. Ich stehe aufrecht vor Ihnen, wissend, dass Wahrheit und Moral auf meiner Seite sind. Und doch stehe ich hier auch in dem Wissen, dass heute in dieser Versammlung die Wahrheit auf den Kopf gestellt und die Moral beiseite gelassen werden wird.

Tatsache ist: Immer wenn Mitglieder der internationalen Gemeinschaft über den israelisch-palästinensischen Konflikt reden, breitet sich ein Nebel aus, der alle Logik und moralische Klarheit verhüllt. Das Ergebnis ist nicht Realpolitik, sondern Surrealpolitik.

Der unnachgiebige Fokus der Weltöffentlichkeit auf den israelisch-palästinensischen Konflikt ist ungerecht gegenüber den mehr als zehn Millionen Opfern von Tyrannei und Terrorismus im Nahen Osten. Während wir hier reden, werden Jesiden, Bahai, Kurden, Christen und Muslime exekutiert und vertrieben von radikalen Extremisten in einer Größenordnung von 1000 Menschen pro Monat.

Wie viele Resolutionen haben Sie letzte Woche verabschiedet, die sich mit dieser Krise beschäftigten? Und wie viele Sondersitzungen haben Sie einberufen? Die Antwort ist: null. Was sagt dies über das internationale Interesse am Leben der Menschen? Nicht viel, aber es spricht Bände über die Heuchelei der internationalen Gemeinschaft.

Von den 300 Millionen Arabern im Nahen Osten und Nordafrika sind weniger als ein halbes Prozent wirklich frei – sie sind alle Bürger des Staates Israel. Israelische Araber zählen zu den am besten ausgebildeten Arabern der Welt. Sie zählen zu unseren führenden Ärzten und Chirurgen, sie werden in unser Parlament gewählt, und sie dienen als Richter an unserem Obersten Gericht.

Millionen von Männern und Frauen im Nahen Osten würden sich solche Chancen und Freiheiten wünschen. Und dennoch: Eine Nation nach der anderen wird heute dieses Podium betreten und Israel kritisieren – die kleine Insel der Demokratie in einer Region, die von Tyrannei und Unterdrückung heimgesucht wird.

In unserem Konflikt ging es nie um die Errichtung eines palästinensischen Staates. Es ging immer um die Existenz des jüdischen Staates. Vor genau 67 Jahren, am 29. November 1947, stimmten die Vereinten Nationen dafür, das Land in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen. Ganz einfach.

Die Juden sagten ja. Die Araber sagten nein. Aber sie sagten nicht nur nein. Ägypten, Jordanien, Syrien, Irak, Saudi-Arabien und der Libanon begannen einen Vernichtungskrieg gegen unseren neugeborenen Staat. Das ist die historische Wahrheit, die die Araber zu verdrehen suchen.

Der historische Fehler der Araber hat Folgen bis heute – es sterben Menschen im Krieg, es sterben Menschen durch Terrorismus, es werden Menschen entstellt durch die politische Engstirnigkeit der Araber. Laut UN wurden rund 700.000 Palästinenser vertrieben in dem damaligen Krieg, den die Araber selbst begonnen hatten. Zugleich wurden rund 850.000 Juden gezwungen, aus arabischen Ländern zu fliehen.

Wie kommt es, dass die Vertreibung der Juden 67 Jahre später von den Vereinten Nationen komplett vergessen wird, während die Vertreibung der Palästinenser jedes Jahr Gegenstand einer Debatte ist? Der Unterschied ist: Israel hat alles getan, die jüdischen Flüchtlinge in die Gesellschaft zu integrieren. Die Araber taten genau das Gegenteil.

Die schlimmste Unterdrückung des palästinensischen Volkes gibt es in den arabischen Ländern. Im überwiegenden Teil der arabischen Welt wird Palästinensern die Staatsangehörigkeit vorenthalten, werden sie auf aggressive Weise diskriminiert. Es wird ihnen verwehrt, Land zu besitzen oder bestimmte Berufe zu ergreifen. Und dennoch wird keines – nicht ein einziges – dieser Verbrechen in den Ihnen vorliegenden Resolutionen erwähnt.

Wenn es Ihnen um die Misere des palästinensischen Volkes ginge, dann gäbe es wenigstens eine einzige Resolution zur Tötung von Tausenden von Palästinensern in Syrien. Und wenn Ihnen die Palästinenser so am Herzen lägen, dann gäbe es wenigstens eine Resolution, die die Behandlung der Palästinenser in den libanesischen Flüchtlingscamps verurteilte. Aber es gibt keine. Der Grund dafür ist, dass es in der heutigen Debatte nicht darum geht, über den Frieden oder über das palästinensische Volk zu sprechen – sondern gegen Israel. Dies ist nichts anderes als ein Hass- und Bashing-Festival gegen Israel.

Die europäischen Nationen behaupten, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu stehen. Aber nichts könnte weiter entfernt von der Wahrheit sein. Ich höre europäische Spitzenpolitiker oft erklären, dass Israel das Recht habe, in sicheren Grenzen zu existieren. Das ist außerordentlich freundlich. Doch muss ich sagen: Wenn ich jetzt und hier erklärte, Schweden habe das Recht, in sicheren Grenzen zu existieren, würde das ungefähr genauso viel Sinn machen.

In Sicherheitsfragen hat Israel auf die harte Tour gelernt, dass es sich auf andere nicht verlassen kann – jedenfalls ganz bestimmt nicht auf Europa. 1973, an Jom Kippur, dem höchsten israelischen Feiertag, haben die arabischen Nachbarstaaten Israel angegriffen. Kurz vor Kriegsausbruch traf Golda Meir, unsere damalige Premierministerin, die schwierige Entscheidung gegen einen Präventivschlag. Der israelischen Regierung war klar, dass ein Präventivschlag sie die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft kosten würde.

Während die arabischen Truppen an jeder Front näher rückten, verschlimmerte sich die Lage in Israel. Wir hatten mehr und mehr Verluste, Waffen und Munition wurden gefährlich knapp. In dieser Stunde unserer Not beschlossen Präsident Nixon und Außenminister Henry Kissinger, uns Galaxy-Transporter mit Panzern und Munition zu schicken. Das einzige Problem war, dass die Transportflugzeuge auf dem Weg nach Israel auftanken mussten.

Während unsere Existenz auf dem Spiel stand, war Europa nicht einmal bereit, die Flugzeuge nachzutanken zu lassen. Die USA schritten abermals ein und handelten aus, dass die Flugzeuge auf den Azoren tanken dürfen. Die israelische Regierung und das israelische Volk werden nie vergessen, dass uns nur ein einziges Land zur Hilfe kam: die Vereinigten Staaten von Amerika.

Israel ist der leeren Versprechen europäischer Spitzenpolitiker müde. Das jüdische Volk hat ein gutes Gedächtnis. Wir werden nie vergessen, dass ihr uns in den 40er-Jahren im Stich gelassen habt. Dass ihr uns 1973 im Stich gelassen habt. Und dass ihr uns heute wieder im Stich lasst.

Jede europäische Volksvertretung, die vorschnell und unilateral einen palästinensischen Staat anerkannt hat, gibt den Palästinensern genau das, was sie wollen: Staatlichkeit ohne Frieden.

Indem man ihnen die Staatlichkeit auf dem Silbertablett serviert, belohnt man unilaterales Handeln und nimmt den Palästinensern den Anreiz, zu verhandeln oder Kompromisse zu schließen oder der Gewalt abzuschwören. Die Botschaft, die man so sendet, lautet, dass die palästinensische Autonomiebehörde in einer Regierung mit Terroristen sitzen und zu Gewalt gegen Israel anstiften kann, ohne irgendeinen Preis dafür zu bezahlen.

Das erste EU-Mitglied, das einen palästinensischen Staat offiziell anerkannt hat, war Schweden. Man wundert sich, warum die schwedische Regierung so begierig auf diesen Schritt war. Im Fall anderer Konflikte in der Region ruft sie zu direkten Verhandlungen auf – für die Palästinenser jedoch, Überraschung, rollt sie den roten Teppich aus. Außenministerin Söder mag hier eine historische Anerkennung durch ihre Regierung feiern, tatsächlich aber handelt es sich um einen historischen Fehler.

Israel hat auf die harte Tour gelernt, dass es schreckliche Folgen haben kann, auf die internationale Gemeinschaft zu hören. 2005 haben wir unilateral sämtliche Siedlungen aus dem Gazastreifen entfernt und all unsere Bürger abgezogen. Hat uns das dem Frieden irgendwie näher gebracht? Nicht im Geringsten.

Stattdessen hat es dem Iran den Weg geebnet, seine Terrorvertretungen zu schicken und vor unserer Haustür eine Terrorhochburg zu errichten. Ich kann Ihnen versichern, dass wir denselben Fehler nicht zweimal machen werden. Wenn es um unsere Sicherheit geht, können und werden wir uns nicht auf andere verlassen. Israel muss in der Lage sein, sich allein zu verteidigen.

Die meisten Menschen glauben, dass es sich bei diesem Konflikt im Kern um einen Kampf zwischen Juden und Arabern oder zwischen Israelis und Palästinensern handelt. Sie irren sich. Es handelt sich um einen Kampf zwischen Menschen, denen das Leben heilig ist, und jenen, die den Tod feiern.

Nach dem brutalen Anschlag auf eine Synagoge in Jerusalem wurde in palästinensischen Städten und Dörfern gefeiert. Man tanzte auf der Straße und verteilte Süßigkeiten. Junge Männer posierten mit Äxten vor der Kamera, von den Minaretten gab es per Lautsprecher Glückwünsche an die Adresse der Terroristen, die als "Märtyrer" und "Helden" bejubelt wurden.

Nicht zum ersten Mal haben die Palästinenser den Mord an unschuldigen Zivilisten gefeiert. Wir sehen das nach jedem Terroranschlag auf israelische Zivilisten, wir sahen das, als sie am 11. September auf die Straße gingen, um den Angriff auf das World Trade Center hier in New York City zu feiern. Fragen Sie sich: Was für einen Staat würde eine solche Gesellschaft hervorbringen? Braucht der Nahe Osten wirklich noch eine Terrorkratie? Manche Mitglieder der internationalen Gemeinschaft tun alles, um einen solchen Staat hervorzubringen.

Als wir heute das UN-Gebäude betraten, passierten wir die Fahnen aller 193 Mitglieder der Vereinten Nationen. Zählen Sie: Es gibt 15 Fahnen mit einem Halbmond und 25 mit einem Kreuz. Und eine einzige mit dem Davidstern. Unter all den Nationen dieser Erde gibt es einen kleinen Nationalstaat für das jüdische Volk. Für manche Leute ist das ein Staat zu viel.

Wenn ich vor Ihnen stehe, muss ich an die Jahre denken, als das jüdische Volk mit seinem Blut für die Ignoranz und Gleichgültigkeit der Welt bezahlen musste. Diese Zeit ist vorbei. Niemals werden wir uns dafür entschuldigen, ein freies Volk in einem souveränen Staat zu sein. Niemals werden wir uns dafür entschuldigen, dass wir uns verteidigen.

Den Nationen, die immer noch dem Vorurteil den Vorzug vor der Wahrheit geben, rufe ich zu: Ich klage euch der Täuschung an. Ich klage euch an, weil ihr diejenigen, die unseren Staat zerstören wollen, Legitimität verleiht. Ich klage euch an, weil ihr in der Theorie Israel das Recht auf Selbstverteidigung zugesteht, in der Praxis aber Israel dieses Recht abspricht. Ich klage euch an, weil ihr Konzessionen von Israel verlangt, aber nicht von den Palästinensern. Angesichts dieser Vergehen ist das Urteil klar: Ihr seid nicht für den Frieden, ihr seid nicht für das palästinensische Volk. Ihr seid nur gegen Israel.

